

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|---|---|
| 26. Der Überprüfungsausschuss - ein Überblick für neue Gemeinderäte | 29. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2022 |
| 27. Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen | 30. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2022 |
| 28. Krisen- und Katastrophenmanagement in Gemeinden | <i>Verbraucherpreisindex für März 2022 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

26.

Der Überprüfungsausschuss - ein Überblick für neue Gemeinderäte

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUR KONTROLLE

Mit dem Umfang und der Komplexität des Aufgabengebietes der Gemeinden und Gemeindeverbände werden auch die Anforderungen an die Mitglieder der Überprüfungsausschüsse zunehmend höher. Daneben fordert auch die EDV- und Kommunikationstechnologie Spezialkenntnisse und die Bereitschaft zur laufenden Weiterbildung.

Durch den Überprüfungsausschuss wird der Gemeinde bzw. dem Gemeindeverband die Möglichkeit geboten, intern, unabhängig von den Prüfungen der Aufsichtsbehörde sowie den Rechnungshöfen, die Verwaltung und Gebarung auf die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen sowie auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

EINRICHTUNG DES ÜBERPRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Gemeinderat hat aus seiner Mitte gemäß § 109 TGO einen Überprüfungsausschuss zu wählen. Der Bürgermeister, der (die) Bürgermeister-Stellvertreter, sonstige zur Anordnung Bevollmächtigte, der Amtsleiter, der Finanzverwalter und Kassenbedienstete dürfen dem Überprüfungsausschuss nicht angehören.

Der Überprüfungsausschuss hat die Gebarung der Gemeinde einschließlich ihrer wirtschaftlichen Unternehmen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) auf ihre Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Nicht umfasst vom Prüfauftrag sind rechtlich selbstständige Unternehmen der Gemeinde, wie z. B. eine GmbH, AG oder KG.

Dem Überprüfungsausschuss und seinen Mitgliedern, soweit diese einen Auftrag des Überprüfungsausschusses vorweisen, sind alle für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die entsprechenden Auskünfte zu erteilen.

Beim Überprüfungsausschuss handelt es sich um einen zwingend einzurichtenden Ausschuss des Gemeinderates. Die Anzahl der Ausschussmitglieder wird durch den Gemeinderat festgelegt. Als Kollegialorgan muss dieser jedenfalls aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Die Anzahl der Ausschussmitglieder bestimmt der Gemeinderat in der konstituierenden Sitzung. Sie gilt für die gesamte Funktionsperiode.

In den Überprüfungsausschuss kann der Gemeinderat auch ihm nicht angehörende Personen als Sachverständige

berufen, die in ihrer Funktion nur beratende Stimme haben. Ersatzmitglieder des Gemeinderates dürfen dem Überprüfungsausschuss - im Gegensatz zu anderen Ausschüssen - nicht angehören.

Gemäß § 138 TGO hat bei Gemeindeverbänden die Verbandsversammlung den Überprüfungsausschuss zu wählen. Er besteht aus der in der Satzung festgesetzten Anzahl, mindestens aber aus drei Mitgliedern. Die Mitglieder des Überprüfungsausschusses müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Ihre Amtsdauer beträgt sechs Jahre. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Wegen der Bedeutung der Aufgaben des Überprüfungsausschusses ist eine vorzeitige Abberufung von Mitgliedern des Überprüfungsausschusses durch den Gemeinderat (die Verbandsversammlung) möglich, wenn sie ihren Aufgaben nicht hinreichend nachkommen.

Die konstituierende Sitzung des Überprüfungsausschusses hat der Bürgermeister (Verbandsobmann) einzuberufen. Die Wahl des Obmanns des Überprüfungsausschusses erfolgt in dieser Sitzung. Der Bürgermeister (Verbandsobmann) ist berechtigt, an den Sitzungen des Überprüfungsausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

Die Tätigkeit des Überprüfungsausschusses als Kollegialorgan findet in Sitzungen statt. Diese Sitzungen werden vom Obmann einberufen und sind nicht öffentlich. Der Überprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss des Überprüfungsausschusses ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.

HAUSHALTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN

Auf Grundlage des § 16 Abs. 1 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (F-VG), BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 51/2012, hat der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015), BGBl. II Nr. 313/2015, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 17/2018, für die Länder und Gemeinden erlassen.

Die Bestimmungen der VRV 2015 sind für alle Gemeinden in Tirol einschließlich der Landeshauptstadt Innsbruck seit

dem Finanzjahr 2020 (Voranschläge und Rechnungsabschlüsse) anzuwenden.

Für Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung - mit Ausnahme der Bezirkskrankenhäuser-Gemeindeverbände - sind die Bestimmungen der VRV 2015 gem. § 140a Abs. 1 TGO ebenfalls seit dem Finanzjahr 2020 anzuwenden.

Die VRV 2015 sieht als Haushaltsgrundsatz die Veranschlagung und Rechnungslegung mittels eines integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalts vor. Dieses integrierte System der drei Haushalte stellt einen umfangreichen Systemwechsel in Bezug auf die Haushaltsbestimmungen, die bis zum Finanzjahr 2019 anzuwenden waren, dar. Ziel der VRV 2015 ist es, eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sicherzustellen.

Der Ergebnishaushalt (auf Basis von Erträgen und Aufwendungen) setzt sich aus dem Ergebnisvoranschlag und der Ergebnisrechnung, der Finanzierungshaushalt (auf Basis von Einzahlungen und Auszahlungen) aus dem Finanzierungsvoranschlag und der Finanzierungsrechnung zusammen. Der Vermögenshaushalt ist zumindest als Vermögensrechnung (d. h. als Bestandteil des Rechnungsabschlusses) zu führen.

Das neue Drei-Komponenten-Rechnungswesen bringt für den Voranschlag und den Rechnungsabschluss einen neuen Aufbau und neue Inhalte mit sich und weist einen in sich geschlossenen Zusammenhang auf. Die VRV 2015 verwendet - bedingt durch das Drei-Komponenten-Rechnungswesen - die Begriffe Mittelaufbringungen (Erträge und Einzahlungen) sowie Mittelverwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen).

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 - TGO - enthält vor allem im 4. Abschnitt über die Gemeindegewirtschaft und im 5. Abschnitt über den Gemeindehaushalt maßgebliche haushaltsrechtliche Bestimmungen für Gemeinden und Gemeindeverbände, die aufgrund des nunmehrigen Systemwechsels auf die VRV 2015 umfassend angepasst wurden. Zusätzlich sind die Bestimmungen in der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2020 - GHV, LGBl. Nr. 144/2019, zu beachten.

In Buchungs- und Kontierungsfragen zum neuen

Haushaltsrecht sollen sich die Gemeinden und Gemeindeverbände an dem vom KDZ veröffentlichten Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände orientieren (Maimer et al., KDZ Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände lt. VRV 2015, Neuauflage 2018). Zusätzlich wird vom Bundesministerium für Finanzen unter Einbindung des KDZ ein Online-Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch angeboten, das für Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung steht.

Weiters sind Informationen des Landes, insbesondere im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, sowie gemeindeinterne Kassenordnungen und Dienstanweisungen zu beachten.

ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Der Überprüfungsausschuss hat nach der TGO die **Kassenprüfung** sowie die **Vorprüfung des Rechnungsabschlusses** durchzuführen.

Gemäß § 110 TGO sind mindestens in jedem dritten Monat und bei jedem Wechsel in der Person des Bürgermeisters, des (der) Bürgermeister- Stellvertreter(s) oder des Finanzverwalters **Kassenprüfungen** vorzunehmen. Diese haben sich auf die Hauptkasse mit den ihr angegliederten Geldverwaltungsstellen und Nebenkassen sowie auf die Sonderkassen der wirtschaftlichen Unternehmen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) und der Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit zu erstrecken.

Die Kassenprüfung umfasst folgende drei Abschnitte:

- die Überprüfung der Kassenbestände,
- die Überprüfung der Belege und die Übereinstimmung zwischen Belegen und Buchungen, sowie die Einhaltung der Ansätze des Voranschlages,
- die Prüfung, ob die Kasse im Übrigen ordnungsgemäß geführt wird.

Die Kassenprüfungen sind so durchzuführen, dass jeweils der gesamte Zeitraum seit der vorherigen Kassenprüfung erfasst wird. Kassenprüfungen sollen unangemeldet vorgenommen werden.

Die Kassenprüfung hat mit der Feststellung des Kassen-Ist-Bestandes zu beginnen. Hierzu hat der Kassier den Prüforganen des Überprüfungsausschusses und allenfalls dem neuen Kassier das Bargeld vorzuzählen und den Stand der Geldkonten (liquide Mittel wie z.B.

Bankkonten, Zahlungsmittelreserven, Kautionsbücher) bei den Banken durch Vorlage der entsprechenden Kontoauszüge nachzuweisen. Der Kassen-Ist-Bestand ist getrennt nach Bargeld und den einzelnen Geldkonten in einem Kassenbestandsausweis darzustellen. Außerdem sind sonstige Werte (Briefmarken, Parkwertkarten udgl.) zu erfassen (siehe dazu § 22 GHV 2020).

Sodann sind die Buchungsjournale abzuschließen und unter Zurechnung allfälliger ungebuchter Belege der Kassen-Soll-Bestand zu ermitteln, der im Kassenbestandsausweis dem Kassen-Ist-Bestand gegenüberzustellen ist. Abweichungen aus der Gegenüberstellung des Kassen-Ist-Bestandes mit dem Kassen-Soll-Bestand sind unverzüglich zu klären, Fehlbeträge sind zu ersetzen und Kassenüberschüsse sind bis zur Klärung in der nicht voranschlagswirksamen Gebarung darzustellen. Ist der Grund für den Kassenüberschuss innerhalb eines Monats nicht geklärt, so ist dieser als Ertrag der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) zu verbuchen.

Die Prüforgane haben im Anschluss an die Kassenbestandsaufnahme die Buchungen und Belege sowie die ordnungsgemäße Führung der Kassen zu prüfen. Dabei ist insbesondere auf die Einhaltung der Ansätze des Voranschlages, die Höhe der offenen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie auf ausständige Vorschreibungen von Steuern und Gebühren zu achten.

Die Buchungs- und Belegprüfung hat festzustellen, ob die einzelnen Buchungen in den Kassenbüchern ziffernmäßig richtig und vollständig sind, ob sie ordnungsgemäß belegt sind und ob die Endsummen mit den im Kassenbestandsausweis aufgenommenen Summen übereinstimmen. Alle Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen sind mit ihrem vollen Betrag in zeitlich und sachlich auswertbarer Ordnung laufend in Kassen- und Rechnungsbüchern zu erfassen. Buchungen dürfen nur auf Anordnung erfolgen und sind mit einem Beleg zu begründen.

Bei der Prüfung der einzelnen Buchungen ist darauf zu achten, ob die Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen rechtzeitig, in voller Höhe und unter der richtigen Haushaltsstelle verbucht worden sind. Die

Belegprüfung umfasst neben der Kontrolle der formalen Erfordernisse (Kontierung, Anordnung, sachliche bzw. rechnerische Richtigkeit, usw.) auch den Vergleich mit dem Buchungsjournal bzw. den Büchern und Aufzeichnungen (Kontoblätter).

ANORDNUNG VON BUCHUNGEN UND ZAHLUNGEN

Buchungen und Zahlungen sind nur aufgrund einer schriftlichen Anordnung des Bürgermeisters (Verbandsobmannes) oder eines von ihm schriftlich Bevollmächtigten gestattet. **Die strikte Trennung zwischen der Anordnung von Zahlungen und dem Zahlungsvollzug ist in diesem Zusammenhang zu beachten.**

Zahlungen und sonstige Leistungen der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) an den Bürgermeister (Verbandsobmann) oder des Bürgermeisters (Verbandsobmannes) an die Gemeinde (Gemeindeverband) sind von seinem Stellvertreter anzuordnen. Eine Anordnung einer Zahlung darf nur ausgestellt werden, wenn die haushaltsmäßige Bedeckung vorhanden, die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Leistung bestätigt und die Leistung fällig ist. Die sachliche und rechnerische Richtigkeit und die Anordnung einer Zahlung müssen mit vollem Namenszug eigenhändig bestätigt bzw. unterfertigt werden (zur elektronischen Anordnung siehe § 3 GHV 2020). Erfordert die Leistung einer Zahlung einen Beschluss eines Kollegialorganes, so ist dieser in der Anordnung mit dem Datum anzuführen.

SACHLICHE UND RECHNERISCHE RICHTIGKEIT

Alle eine Buchung auslösenden Vorgänge sind auf ihren Grund und ihre Höhe zu prüfen. Die Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ist mit vollem Namenszug zu bestätigen. Die Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ist **vor Erteilung der Anordnung** zu treffen.

Die **sachliche Richtigkeit** ist durch den Prüfungsvermerk "sachlich richtig" erst dann zu bestätigen, wenn:

- Die Leistung/Lieferung bereits erbracht wurde/erfolgt ist.
- Die Leistung/Lieferung entsprechend der zugrundeliegenden Vereinbarung oder Bestellung ausgeführt/erbracht wurde.
- Die der Leistung/Lieferung zugrundeliegenden

Zahlenangaben (z.B. Arbeitsstunden, Menge, Maß, Gewicht usw.) richtig sind.

- Gelieferte Gegenstände (Anlage- und Gebrauchsgüter) oder Materialien in die Inventar- oder Materialaufschreibungen eingetragen sind.
- Der Rechnungsleger alle ihm sonst obliegenden Verpflichtungen erfüllt hat.
- Die sachliche Prüfung hat jener Bedienstete durchzuführen und zu bestätigen, der die Erbringung der Leistung/Lieferung oder die sonstigen Maßnahmen, die zu einer Ausgabe (Zahlung) führen, angeordnet und die Ausführung in verantwortlicher Weise geleitet, überwacht oder entgegengenommen hat und alle Umstände (ordnungsgemäße Lieferung oder Leistungserbringung) beurteilen kann, um die Richtigkeit des zu prüfenden Beleges bescheinigen zu können.
- Die mit Buchhaltungs- und Kassengeschäften betrauten Bediensteten dürfen nur in jenen Fällen die sachliche Richtigkeit bestätigen, in denen dieser Sachverhalt ausschließlich von ihnen beurteilt werden kann.

Die **rechnerische Richtigkeit** ist erst dann zu bestätigen, wenn:

- Die Rechnung im Original vorliegt und vollständig belegt ist (z.B. durch Lieferscheine, Arbeitsberichte usw.).
- Der Beleg den gesetzlichen Vorgaben entspricht (z.B. dem USt-Gesetz).
- Der Beleg rechnerisch richtig ist und die Berechnung den zugrundeliegenden Zahlenangaben, den maßgebenden Vorschriften, besonderen Verfügungen oder Verträgen usw. entspricht.
- Die vereinbarten/angebotenen Zahlungsbegünstigungen (Skonto, Rabatt) berücksichtigt wurden.
- Wenn bereits geleistete Teilzahlungen vom Rechnungsbetrag abgezogen wurden.

ZAHLUNGSVERKEHR - ZEICHNUNGSBEFUGNIS

Der Zahlungsverkehr ist nach Möglichkeit **bargeldlos** abzuwickeln. Zudem hat der Bürgermeister (Verbandsobmann) nach Möglichkeit mindestens zwei Bediensteten der Finanzverwaltung die Befugnis zur

bankmäßigen Zeichnung zu erteilen. **Die Zeichnungsbefugnis ist jeweils durch zwei Bedienstete gemeinsam (Kollektivzeichnung) auszuüben.** Besteht die Finanzverwaltung nur aus einer Person, so hat der Bürgermeister (Verbandsobmann) die Zeichnungsbefugnis einem weiteren Bediensteten zu erteilen.

Der Bürgermeister (Verbandsobmann) hat die Namen der zeichnungsbefugten Personen samt einer Unterschriftenprobe in ein Verzeichnis aufzunehmen. Darin sind auch die Namen jener Personen anzuführen, denen jeweils die Kollektivzeichnung zukommt. Der Bürgermeister (Verbandsobmann) hat mit allen Banken, bei denen die Gemeinde (der Gemeindeverband) Bankkonten unterhält, nachweislich zu vereinbaren, dass Zahlungen zu Lasten dieser Konten nur aufgrund einer Kollektivzeichnung geleistet werden dürfen. Der Bank sind die Namen der jeweils kollektiv Zeichnungsberechtigten und die Unterschriftenproben zu übermitteln. Änderungen sind den Banken unverzüglich bekannt zu geben.

Die Kassenprüfung umfasst jedoch nicht nur die Kassenbestandsaufnahme sowie die Buchungs- und Belegprüfung, sondern soll sich auch auf weitere Sachgebiete wie beispielsweise die Erhebung der Abgaben, die nicht voranschlagswirksame Gebarung, Darlehen, udgl. erstrecken.

VORPRÜFUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES

Der Bürgermeister (Verbandsobmann) hat den Entwurf des Rechnungsabschlusses vor der Auflage zur allgemeinen Einsichtnahme dem Prüfungsausschuss zur Vorprüfung vorzulegen.

Die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses dient der Kontrolle der Einhaltung des Voranschlages und der Aufklärung erheblicher Abweichungen, der Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit sowie der Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen.

Bei der Vorprüfung des Rechnungsabschlusses sind beispielsweise folgende Punkte relevant:

- Die fristgerechte Erstellung des Rechnungsabschlusses. Fristgerecht ist der Rechnungsabschluss dann erstellt, wenn der Gemeinderat (die Verbandsversammlung) nach

vorheriger zweiwöchiger Auflagefrist zur allgemeinen Einsichtnahme darüber bis zum 31. März beschließen kann (§ 108 TGO).

- Die Übereinstimmung der im Rechnungsabschluss ausgewiesenen Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen mit den Beträgen des Buchungsjournals bzw. den Beträgen auf den einzelnen Belegen.
- Die Überprüfung der Stände der Zahlungsmittelreserven mit den Guthaben auf den entsprechenden Sparbüchern bzw. der Schuldenstände mit den Darlehensresten laut Kontoauszügen.
- Die Einhaltung der Ansätze des Voranschlages, wobei zu kontrollieren ist, ob für alle getätigten Überschreitungen eine Bewilligung nach § 95 Abs. 4 TGO vorliegt.
- Die sachliche und rechnerische Richtigkeit des Rechnungsabschlusses.
- Die Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen.

BERICHTE AN DEN GEMEINDERAT (DIE VERBANDSVERSAMMLUNG)

Die Ergebnisse der Kassenprüfungen und der Vorprüfungen des Rechnungsabschlusses sind jeweils in einer Niederschrift festzuhalten. Dem Bürgermeister (Verbandsobmann) ist Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen festzusetzenden Frist zur Niederschrift zu äußern. Die Niederschrift und die allfällige Stellungnahme des Bürgermeisters (Verbandsobmannes) sind dem Gemeinderat (Verbandsversammlung) vorzulegen, der erforderlichenfalls die zur Behebung der festgestellten Mängel notwendigen Anordnungen zu treffen hat.

LEITFADEN FÜR ÜBERPRÜFUNGS-AUSSCHÜSSE

Für Mitglieder des Prüfungsausschusses wird seitens der Abteilung Gemeinden ein eigener Leitfaden sowie ein Formular zur Kassenprüfung durch den Prüfungsausschuss angeboten. In diesem Leitfaden können Ausführungen zu den einzelnen gesetzlich vorgegebenen Prüfbereichen bzw. zu weiteren Prüfgebieten entnommen werden. Die aktuellen Fassungen dieser Unterlagen können von der jeweiligen Gemeinde im Portal Tirol - Wissensdatenbank - Gemeinde

Informationen - Überprüfungsausschuss abgerufen werden.

SCHULUNGSVERANSTALTUNGEN FÜR MITGLIEDER VON ÜBERPRÜFUNGS-AUSSCHÜSSEN

Seitens der Abteilung Gemeinden werden für Mitglieder von Überprüfungsausschüssen fachbezogene Schulungsveranstaltungen bezirksweise angeboten. Die Veranstaltungen werden vom Tiroler Bildungsinstitut Grillhof organisiert.

Bezirke Kufstein und Kitzbühel: Gemeindesaal Langkampfen, Sonnweg 1, 6336 Langkampfen; 13.09.2022; 09:00 - 12:00 Uhr

Bezirk Reutte: Veranstaltungszentrum Breitenwang, Bachweg 17, 6600 Breitenwang; 15.09.2022; 09:30 - 12:30 Uhr

Bezirke IBK-Land und Schwaz: Tiroler Bildungsinstitut

Grillhof, Grillhofweg 100, 6080 Vill-Igls; 22.09.2022; 09:00 - 12:00 Uhr und 2. Gruppe 13:00 - 16:00 Uhr

Bezirk Lienz: Kultursaal Nussdorf-Debant, Hermann-Gmeiner-Straße 4, 9990 Nussdorf-Debant; 27.09.2022; 10:00 - 13:00 Uhr

Bezirke Imst und Landeck: Wirtschaftskammer-Landeck (Saal), Schentensteig 1a, 6500 Landeck; 06.10.2022; 09:00 - 12:00 Uhr

Die Anmeldungen für diese Schulungsveranstaltungen sind direkt beim Tiroler Bildungsinstitut Grillhof vorzunehmen:

E-Mail: office@grillhof.at

Die Anmeldung sollte nach Möglichkeit über E-Mail vorgenommen werden.

Telefon: 0512 / 3838-0

27.

Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen

Seit kurzer Zeit gibt es eine **kostenfreie Bereitstellung klimarelevanter RVS** (Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen).

Diese kostenfreie Bereitstellung der RVS wird durch klimaaktiv mobil, der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) unterstützt.

Hier werden den Gemeinden unter dem Link <http://www.fsv.at/shop/agliste.aspx?ID=3156234c-555a-4b8c-8a24-bb156a19e866> unter anderem wesentliche Informationen für folgende Bereiche zur Verfügung gestellt:

Fußgängerverkehr, Radverkehr, kinderfreundliche Mobilität, Gestaltung des Schulumfeldes, Verkehrsberuhigung mit den Themen Lärm und Luft, etc.

Für allfällige Fragen zu den RVS stehen die Abteilungen gerne zur Verfügung:

Abt. Landesstraßen u. Radwege
Telefon Sekretariat: +43 512 508 4001
E-Mail: landesstrasse@tirol.gv.at

Abt. Mobilitätsplanung
Telefon Sekretariat: +43 512 508 4081
E-Mail: mobilitaetsplanung@tirol.gv.at

28.

Krisen- und Katastrophenmanagement in Gemeinden

Die Ereignisse der letzten Jahre von lokal begrenzten Naturereignissen zufolge Extremwetterlagen bis hin zur Pandemie, welche uns nunmehr seit über zwei Jahren fordert, haben gezeigt, dass ein funktionierendes Krisen- und Katastrophenmanagement auf allen Ebenen immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Um den aktuellen Herausforderungen möglichst zielgerichtet und wirkungsvoll begegnen zu können, wurde im Jahr 2021 unter anderem auch das nunmehrige Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagementgesetz (vormals Tiroler Katastrophenmanagementgesetz) novelliert. Die wesentlichen Punkte der Novelle betreffen:

- die Erweiterung des Katastrophenbegriffes um die Komponente der „sekundären Katastrophe“ sowie die Ergänzung der Begriffsbestimmungen und Definition des Begriffs der „Krise“,
- die Verpflichtung zur Schaffung organisatorischer Vorkehrungen für ein entsprechendes „Krisenmanagement“,
- die Verpflichtung zur Aufnahme von Regelungen zur Dokumentation und Protokollierung von Beschlüssen in die Geschäftsordnung der Einsatzleitung,
- die Ergänzung der Gemeinde- und der Bezirks-Katastrophenschutzpläne sowie des Landes-Katastrophenschutzplanes um Planungsmaßnahmen zur Evakuierung von Personen,
- die Schaffung einer Grundlage zur länder- und staatenübergreifenden Zusammenarbeit von Feuerwehren und Hilfsorganisationen bei der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen,
- die Ergänzung der Kundmachungsformen, insbesondere durch Ermöglichung der Kundmachung im Internet und
- die Ergänzung der Datenverarbeitungsregelungen durch Schaffung gesetzlicher Grundlagen für eine Auskunftspflicht und die Erhebung bestimmter Daten durch Inhaber von Beherbergungsbetrieben.

Nachdem ja heuer Gemeinderatswahlen stattgefunden haben, darf darauf hingewiesen werden, dass gem. § 4 Abs. 6 TTKMG die Mitglieder der Gemeindeeinsatzleitung auf die Funktionsdauer des Gemeinderates zu bestellen sind. Somit müssen nunmehr - falls noch nicht geschehen - die Mitglieder wieder neu bestellt werden.

Das Muster für den Bestellungsbescheid ist im WIKI (<https://sp.tirol.gv.at/tirol.gv.at/dvtwiki/display/GEM/Gemeinde-Einsatzleitung>) zu finden.

Die Einsatzleitung dient wie in § 4 Abs. 1 normiert der Beratung und Unterstützung der Behörde (Bürgermeisterin/Bürgermeister) bei der Vorbereitung und der Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen. Die Zusammensetzung der Einsatzleitung und die Anzahl der Mitglieder ist in einer Geschäftsordnung festzulegen. Dabei ist Rücksicht auf die im Katastrophenschutzplan der Gemeinde angeführten Szenarien und der für eine Gemeinde zu erwartenden Gefahren zu nehmen. Eine entsprechende Musterverordnung steht ebenfalls im WIKI zur Verfügung. Die Anzahl der Mitglieder der Einsatzleitung richtet sich neben den vorgenannten Kriterien natürlich auch nach der Größe der jeweiligen Gemeinde. Aus fachlicher Sicht können die Sachgebiete S1 und S4 sowie S2 und S3 zu einer Funktion zusammengelegt werden. Bei der Auswahl der Mitglieder sollte tunlichst darauf Bedacht genommen werden, dass Doppelfunktionen im Krisen- und Katastrophenmanagement (führende Funktionen in der Einsatzleitung und gleichzeitig in einer Einsatzorganisation) vermieden werden.

Neben einer guten organisatorischen Vorbereitung ist auch das praktische Vorbereiten auf mögliche Krisen und Katastrophen im Rahmen von fachlichen Fortbildungen und Übungen ein wichtiger Faktor, um in der Krise/ Katastrophe bestehen zu können. Seitens des Tiroler Zentrums für Krisen- und Katastrophenmanagement laufen derzeit die Planungen für ein entsprechendes Ausbildungsangebot für die Gemeinden, welches wir 2023 starten möchten.

Abschließend dürfen wir noch kurz auf die ab 01.07.2022 geltende Struktur des Tiroler Zentrums für Krisen- und Katastrophenmanagement hinweisen. Die Gruppe wird dann aus insgesamt drei Abteilungen bestehen.



Die Aufgaben verteilen sich wie folgt:

Abt. Krisen- und Gefahrenmanagement (Leitung HR Elmar Rizzoli)

- fachliche Angelegenheiten des Katastrophenschutzes
- Katastrophenschutzübungen sowie Aus- und Fortbildungswesen im Bereich Krisen- und Katastrophenmanagement
- Landeseinsatzleitung und Krisenstabstätigkeiten
- Koordination der Schadensabwehr
- Angelegenheiten der Einsatzsteuerungsgruppe
- Assistenzanforderungen des Bundesheeres
- Strahlenschutz
- Notfallplanung
- Konzeption und Erstellung von Katastrophen-, Alarm- und Einsatzplänen
- Evakuierungsmanagement, Koordinierung von Evakuierungsmaßnahmen
- Lawinenkommissionen der Gemeinden
- Lawinenwarndienst (Leitung Mag. Dr. Rudi Mair)
- Landesgeologie (Leitung Mag. Thomas Figl)

Abt. Einsatzorganisationen (Leitung HR Mag. Gernot Reister)

- Rechtliche und fachliche Angelegenheiten der Feuerpolizei, des Feuerwehr- und Rettungswesens, der Flugrettung, von Krankentransporten und des Notarztwesens
- Landesfeuerwehrinspektorat
- Zivilschutz
- zivile und wirtschaftliche Landesverteidigung
- rechtliche Angelegenheiten des Katastrophenschutzes
- Wehrwesen und Zivildienst; Krisenvorsorge

Abt. Leitstellenwesen und Landeswarnzentrale (Leitung HR Mag. Bernd Noggler)

- Einsatzbearbeitung
- Tunnelüberwachungszentrale
- Betrieb der Gesundheitsberatung (1450)
- Landeswarnzentrale (Leitung Thomas Geiler MSc)
- analoge und digitale Lageführung
- Einsatzdokumentation
- fachliche und operative Angelegenheiten der behördlichen Kommunikationswege (Leitung Ing. Alois Angerer)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Tiroler Zentrums für Krisen- und Katastrophenmanagement sowie der Tiroler Bezirkshauptmannschaften stehen den Gemeinden sowohl bei akuten, einsatzbezogenen Fragen, als auch bei strategischen Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

HR Elmar Rizzoli
Tiroler Zentrum für Krisen- und
Katastrophenmanagement

29.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-7.817.235	-7.877.252	-60.017	-0,77
Lohnsteuer	22.873.952	24.918.861	2.044.909	8,94
Kapitalertragsteuer	1.426.490	2.376.159	949.670	66,57
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.526.861	1.748.416	221.555	14,51
Körperschaftsteuer	100.267	1.681.385	1.581.118	1576,91
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	126	-88	-214	-169,91
Stiftungseingangssteuer	2.298	9.116	6.819	296,79
Bodenwertabgabe	1.733	235.408	233.674	13482,15
Stabilitätsabgabe	521	1.368	848	162,78
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	18.115.012	23.093.374	4.978.362	27,48
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	12.903.288	20.867.710	7.964.423	61,72
Tabaksteuer	1.678.014	1.766.982	88.968	5,30
Biersteuer	202.139	232.558	30.419	15,05
Mineralölsteuer	4.020.863	4.017.814	-3.048	-0,08
Alkoholsteuer	91.268	149.924	58.657	64,27
Schaumweinsteuer	37	2.514	2.476	6616,98
Kapitalverkehrssteuern	-18.120	299	18.419	101,65
Werbeabgabe	53.451	66.366	12.914	24,16
Energieabgabe	622.749	931.661	308.912	49,60
Normverbrauchsabgabe	230.491	243.180	12.689	5,51
Flugabgabe	6.546	54.536	47.991	733,18
Grunderwerbsteuer	12.222.651	14.967.872	2.745.220	22,46
Versicherungssteuer	1.991.716	2.043.899	52.182	2,62
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.640.425	3.659.037	18.612	0,51
KFZ-Steuer	12.212	10.989	-1.223	-10,01
Konzessionsabgabe	275.156	208.335	-66.821	-24,28
Summe sonstige Steuern	37.932.884	49.223.675	11.290.791	29,77
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	56.047.896	72.317.050	16.269.154	29,03

30.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	18.306.135	23.214.623	4.908.488	26,81
Lohnsteuer	142.033.735	136.659.103	-5.374.633	-3,78
Kapitalertragsteuer	8.615.030	13.108.707	4.493.677	52,16
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.044.262	6.658.195	2.613.934	64,63
Körperschaftsteuer	31.017.393	52.900.084	21.882.692	70,55
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-304	0	304	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.126	1.668	543	48,20
Stiftungseingangssteuer	25.361	271.512	246.152	970,60
Bodenwertabgabe	254.388	379.712	125.324	49,27
Stabilitätsabgabe	351.875	306.517	-45.358	-12,89
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	204.648.999	233.500.121	28.851.121	14,10
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	93.441.685	117.233.907	23.792.222	25,46
Tabaksteuer	7.566.108	8.078.460	512.352	6,77
Biersteuer	735.856	737.328	1.471	0,20
Mineralölsteuer	15.598.704	17.585.093	1.986.389	12,73
Alkoholsteuer	571.190	757.012	185.822	32,53
Schaumweinsteuer	-11.314	8.297	19.612	173,34
Kapitalverkehrssteuern	-17.764	3.902	21.666	121,97
Werbeabgabe	433.345	480.174	46.830	10,81
Energieabgabe	4.746.590	4.573.284	-173.306	-3,65
Normverbrauchsabgabe	1.558.913	1.344.346	-214.568	-13,76
Flugabgabe	35.249	338.974	303.726	861,66
Grunderwerbsteuer	64.796.523	74.950.279	10.153.756	15,67
Versicherungssteuer	5.705.083	6.068.281	363.198	6,37
Motorbezogene Versicherungssteuer	9.640.543	10.362.327	721.784	7,49
KFZ-Steuer	268.489	287.932	19.443	7,24
Konzessionsabgabe	1.426.164	1.362.088	-64.076	-4,49
Summe sonstige Steuern	206.495.364	244.171.683	37.676.319	18,25
Kunstförderungsbeitrag	44.611	44.562	-49	-0,11
Gesamtsumme	411.188.974	477.716.366	66.527.392	16,18
Zwischenabrechnung	13.048.864	29.486.125	16.437.261	125,97
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	424.237.838	507.202.491	82.964.653	19,56

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR März 2022		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Februar 2022	März 2022
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	106,6	108,8
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	115,3	117,7
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	127,7	130,3
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	139,9	132,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	154,6	157,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	162,7	166,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	212,7	217,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	330,6	337,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	580,8	592,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	739,3	754,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	741,7	757,0
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat März 2022 beträgt 108,8 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 2,2 Punkte (+ 6,8 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Link Statistik Austria</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck